

N i e d e r s c h r i f t

**der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.04.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:03 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme von 16:09 bis 17:21 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Teilnahme für Herrn Bönisch
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Teilnahme für Frau Nagel bis 18:44 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:44 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme für Herrn Wolter
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 20. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass nachfolgende Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage
Vorlage: V/2011/09715

Frau Oberbürgermeisterin Szabados begründete die Dringlichkeit. Der Stadtrat und die Oberbürgermeisterin sollten ihre ablehnende Haltung gegen den am 1. Mai 2011 stattfindenden Naziaufmarsch im Sinne einer Resolution zum Ausdruck bringen. Eine fristgerechte Einreichung der Vorlage sei für den Hauptausschuss nicht möglich gewesen, da vorerst die Abstimmung des Präventionsrates abgewartet werden musste.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeitsvorlage.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Dringlichkeitsvorlage zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2011/09715 mehrheitlich zugestimmt

Die Vorlage wird unter TOP 5.7 behandelt.

Hierzu liegt zudem nachfolgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Bündnis Halle gegen Rechts
- für Zivilcourage [Vorlage: V/2011/09715]
Vorlage: V/2011/09757

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1 Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr
in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)
Vorlage: V/2011/09501
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- TOP 5.2 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2011/09625
im Bildungsausschuss am 12.04.2011 sowie im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.04.2011 vertagt
- TOP 5.4 Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)
4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2010/09265
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.04.2011 sowie im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF am 14.04.2011 vertagt
- TOP 5.5 Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100
Vorlage: V/2010/08946
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.04.2011 sowie im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF am 14.04.2011 vertagt

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946
Vorlage: V/2011/09530
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 12.04.2011 sowie im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF am 14.04.2011 vertagt

- TOP 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Winterdienst
Vorlage: V/2010/09411
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.04.2011 durch Antragsteller für erledigt erklärt

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass der TOP 5.3

Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160

einschließlich der Änderungsanträge auf der Tagesordnung verbleibe, da teilweise unterschiedliche Voten aus den Fachausschüssen vorliegen.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- zu 5.3 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160

Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09747

zu 5.6 Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: V/2011/09583

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [V/2011/09583]
Vorlage: V/2011/09758

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte dazu , dass über die Vorlage und den Änderungsantrag in der heutigen Sitzung lediglich als 1. Lesung beraten werde und keine Beschlussfassung erfolge. Die Mehrzahl der Fraktionen habe signalisiert, dass sie sich aufgrund der Kürze der Zeit bisher nicht intensiv damit befassen konnte.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schlug vor, in der Arbeitsgruppe darüber zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass eine weitere Beratung der Arbeitsgruppe stattfindet, da grundsätzliche Unklarheiten zu den Änderungsvorschlägen der Fraktionen und dem seitens der Verwaltung vorgelegten Entwurf der Geschäftsordnung bestünden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass vordergründig über die weitere Verfahrensweise sowie über den aktuellen Stand beraten werden soll und bat darum, die Vorlage einschließlich des Änderungsantrages auf der Tagesordnung zu belassen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, beantragte, den TOP 6.2

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Arbeitsweise der Führungsebene der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2011/09520

im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten, da es sich hierbei um Personalangelegenheiten handele.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag von Frau Ewert.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Antrag von Frau Ewert, den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Arbeitsweise der Führungsebene der Stadtverwaltung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
7 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Darüber hinaus kündigte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass sie zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen über den Tag des Bürgerforums und Herr Beigeordneter Kogge zur Förderschule am Jägerplatz informieren werde.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 23.03.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)*
Vorlage: V/2011/09501 *abgesetzt*
 - 5.2 *Satzung Schülerbeförderung*
Vorlage: V/2011/09625 *abgesetzt*
 - 5.3 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160
 - 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 6 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09479
 - 5.3.2 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 8 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09465
 - 5.3.3 Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464

- 5.3.4 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335
- 5.3.5 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09340
- 5.3.6 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 17 Abs. 2 Ziffer 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09631
- 5.3.7 Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09488
- 5.3.8 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09747
- 5.4 *Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*
Vorlage: V/2010/09265 *abgesetzt*
- 5.5 *Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100*
Vorlage: V/2010/08946 *abgesetzt*
- 5.5.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946*
Vorlage: V/2011/09530 *abgesetzt*
- 5.6 Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: V/2011/09583
- 5.6.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [V/2011/09583]
Vorlage: V/2011/09758
- 5.7 Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage
Vorlage: V/2011/09715
- 5.7.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage [Vorlage: V/2011/09715]
Vorlage: V/2011/09757
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09525

- 6.2 *Antrag FDP-Stadtratsfraktion zur Arbeitsweise der Führungsebene der Stadtverwaltung wird im nicht öffentlichen Teil unter TOP 4.1 beraten*
- 6.3 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Winterdienst
Vorlage: V/2010/09411* *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2011

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.03.2011.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2011.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 23.03.2011 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.3 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160**

**zu 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 6 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09479**

**zu 5.3.2 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 8 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09465**

- zu 5.3.3 **Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464**
 - zu 5.3.4 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335**
 - zu 5.3.5 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09340**
 - zu 5.3.6 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 17 Abs. 2 Ziffer 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09631**
 - zu 5.3.7 **Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09488**
 - zu 5.3.8 **Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09747**
-

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Krause, Herr Häder, Herr Dr. Meerheim, Frau Ewert, Herr Weihrich, Herr Lange, Herr Kley, Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat eingangs Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand um eine zusammenfassende Darstellung des aktuellen Sachstandes.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, teilte mit, dass die Marktsatzung über Monate hinweg sehr ausführlich in den entsprechenden Fachausschüssen beraten wurde.

Hierbei sollen drei Satzungen in eine Satzung zusammengeführt werden, um das Verfahren sowohl für die Verwaltung als auch für die Händler insgesamt zu vereinfachen und im Hinblick auf die Berechnung der einzelnen Marktgebühren teilweise günstigere Gebühren erzielen zu können.

Aufgrund unterschiedlicher Voten in den Fachausschüssen müsse in der heutigen Sitzung über die Änderungsanträge zu TOP 5.3.6, TOP 5.3.7 sowie TOP 5.3.8 abgestimmt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ging auf die einzelnen Änderungsanträge sowie deren Abstimmungsergebnisse ein.

Hinsichtlich der Änderungsanträge entsprechend des TOP 5.3.1, TOP 5.3.2 und 5.3.5 gab es seitens der Hauptausschussmitglieder keinen Diskussionsbedarf bzw. keine anderweitige Meinung zum Abstimmungsergebnis der zuständigen Fachausschüsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Dr. Wiegand zum TOP 5.3.3

Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464

um Erläuterung zum Standpunkt der Verwaltung.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, erklärte, dass sowohl die Verwaltung als auch die Fachausschüsse dem Änderungsantrag zugestimmt haben.

Daraufhin gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass die Verwaltung den Änderungsantrag von Frau Martina Wildgrube entsprechend des TOP 5.3.3 übernehmen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag TOP 5.3.3.

Bezüglich des TOP 5.3.4

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
(Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335

teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass für diesen Vorschlag eine Änderung der Satzung nicht zwingend erforderlich wäre, da solche Ausnahmen bereits nach der derzeitigen Satzung vorgenommen werden können.

Zudem brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass sie der Ablehnung des Änderungsantrages seitens der Fachausschüsse folgen könne. Gleichzeitig schlug sie vor, die Intention des Änderungsantrages zu testen und im Januar und Februar 2012 den Wochenmarkt auf der Ostseite des Marktplatzes stattfinden zu lassen, um die Resonanz dieses Vorschlages feststellen zu können.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass er den Änderungsantrag so differenziert bisher nicht gesehen habe und seitens der Stadtratsmitglieder auch der Versuch nicht gewünscht sei. Zudem wäre nach Aussage der Händler äußerst wichtig, dass diesen immer der gleiche Standort zur Verfügung gestellt werde. Aus vorgenannten Gründen sollte der Wochenmarkt dauerhaft auf der Westseite des Marktplatzes stattfinden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., machte darauf aufmerksam, dass die aktuelle Satzung die von Frau Oberbürgermeisterin Szabados vorgeschlagene Ausnahme seines Erachtens nicht zuließe. Die Satzung beinhalte klare Regelungen und danach sollte man die Händler auf der Westseite belassen. Dies sei ein guter Standort, da sich im Hinblick auf die Fertigstellung der Baumaßnahme am Hallmarkt die Laufbeziehungen ändern werden. In Anbetracht dessen könne er der beabsichtigten Verfahrensweise der Oberbürgermeisterin nicht zustimmen.

Aufgrund der Wortmeldungen von Herrn Häder und Herrn Dr. Meerheim erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sie ihre vorgeschlagene Verfahrensweise nicht umsetzen und den Wochenmarkt grundsätzlich auf der Westseite des Marktplatzes belassen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag TOP 5.3.4.

Anschließend ging **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf den TOP 5.3.6

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 17 Abs. 2 Ziffer 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09631

ein. Diesem wurde seitens des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zugestimmt sowie durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte die Hauptausschussmitglieder, ob der TOP 5.3.8

Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09747

in dem Zusammenhang mit behandelt werden sollte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., und **Herr Krause, SPD-Fraktion**, baten um eine separate Behandlung der Änderungsanträge.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte die Hintergründe ihres Vorschlages einer gemeinsamen Behandlung der Änderungsanträge. Der Änderungsantrag zum TOP 5.3.8 definiere den Begriff Selbsterzeuger. Nach Beratung und Abstimmung dessen könne über den Änderungsantrag zum TOP 5.3.6 möglicherweise fundierter entschieden werden.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, konnte den Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilen und erklärte die Gründe für die Zustimmung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zum TOP 5.3.6. Ziel der Satzung sollte nicht die Subventionierung der Großagrarkonzerne, wie z. B. Händler des Kyhnaer Spargels oder die Händler von Erdbeer großplantagen, sondern der Kleinerzeuger sein.

Darüber hinaus stellte **Herr Häder** ein weiteres Problem bei Zustimmung der Vorlage in der vorliegenden Form dar. Die Regelung für Selbsterzeuger wäre momentan sehr weitgehend, so dass möglicherweise lediglich 1 % Selbsterzeugnis des Gesamtwarenangebotes eines Händlers ausreichend sei, um unter den Begriff Selbsterzeuger eine Gebührenermäßigung zu erhalten.

In Anbetracht dessen sollte über die Zielrichtung dieser Regelung beraten werden. Seines Erachtens sollten Kleinbetriebe unterstützt werden, welche selbst anbauen oder produzieren und ohne einen Zwischenhändler ihre Produkte unmittelbar anbieten. Weder die beiden Änderungsanträge noch die Vorlage der Verwaltung erfüllen diese Zielrichtung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte nochmals die Intention ihres Vorschlages zur Vorgehensweise. Der Änderungsantrag zum TOP 5.3.8 definiere den Begriff Selbsterzeuger. Bei Zustimmung dessen sei geklärt, wer eine Unterstützung erhalten soll. Aufgrund dessen sollte eine gemeinsame Behandlung der Änderungsanträge erfolgen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte zum Ausdruck, dass der Charakter des Marktes berücksichtigt werden müsse. Er unterstütze den Verkauf von Kyhnaer Spargel sowie Erdbeeren von Großplantagen und das Angebot des Kleinbetriebes Biotopia Greifenhagen mit regional erzeugten Waren. Dies sollte auch zukünftig beibehalten werden.

Zudem machte **Herr Wehrich** deutlich, dass er nicht die von Herrn Häder angesprochene Entwicklung sehe, dass aufgrund der Vorlage Händler mit 1 % Selbsterzeugnis unterstützt werden können. Seines Erachtens sei eine rechtsgültige Definition zur Selbsterzeugung vorhanden, so dass keine Veranlassung bestünde, eine separate Definition in die Satzung zu übernehmen.

Aus vorgenannten Gründen plädierte **Herr Wehrich** dafür, die Regelung in der bestehenden Form beizubehalten.

Anschließend entstand eine kurze Diskussion zur Definition des Begriffes Selbsterzeuger im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag zum TOP 5.3.8.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat darum, die Diskussion nicht wie im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften von Grund auf zu beginnen.

Zudem merkte **Herr Krause** an, dass die vorgeschlagene Regelung entsprechend des Änderungsantrages zum TOP 5.3.8 eine Schlechterstellung der Selbsterzeuger bedeute. Seines Erachtens sollte über eine Eingrenzung nachgedacht und regionale Selbsterzeuger eingefügt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab zu Bedenken, ob diese Einschränkung rechtlich möglich sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., schloss sich den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados an, dass aufgrund geltender Wettbewerbsregelungen eine Einschränkung für regionale Selbsterzeuger nicht möglich wäre.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Häder erklärte **Herr Lange**, weshalb Großanbieter wie Kyhnaer Spargel oder Erdbeerhersteller von Großplantagen nicht ausgegrenzt werden können.

Infolge dessen könne er dem Änderungsantrag zum TOP 5.3.8 folgen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass eine Regelung für Selbsterzeuger bisher vorhanden war, damit aber keine Wirkung an der Marktstruktur erzielt wurde. Auf dem hall-
eschen Markt haben sich keine regionalen Erzeuger mit selbst erzeugten Produkten
angesiedelt.

Insofern sollte darüber nachgedacht werden, die Regelung entsprechend des Änderungsan-
trages zum TOP 5.3.6 zu streichen, da das ursprüngliche Ziel der Veränderung der Markt-
struktur bisher nicht erreicht wurde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass Selbsterzeuger auf den
Märkten am Standort Vogelweide und Halle-Neustadt ihre Produkte anbieten.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich gegen den Vorschlag von
Herrn Kley aus, die Regelung für Selbsterzeuger zu streichen. Damit werden die Händler
benachteiligt, die unterstützt werden sollen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, den Änderungsantrag zum TOP 5.3.6
abzulehnen. Dieser könne möglicherweise signalisieren, dass Selbsterzeuger keinen Vorteil
erhalten.

Dem Änderungsantrag zum TOP 5.3.8, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter,
sollte zugestimmt werden, da dieser zum Ausdruck bringe, dass Selbsterzeuger gewünscht
seien, sich aber nicht alle Händler darunter definieren können. Im Zuge dessen werde die
Verwaltung durch geeignete Werbemaßnahmen die Struktur der Märkte so beeinflussen,
dass möglichst frische Ware von lokalen Erzeugern auf den Märkten angeboten werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, zuerst über den Änderungsantrag zum
TOP 5.3.8 abzustimmen.

Die **Hauptausschussmitglieder** erklärten sich mit der vorgeschlagenen Reihenfolge der
Abstimmung nicht einverstanden. Im Ergebnis der Diskussion wurde sich darauf verständigt,
nach Geschäftsordnung zu verfahren und zuerst über den Änderungsantrag zum TOP 5.3.6
abzustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zu den Änderungsanträgen TOP 5.3.6 und
TOP 5.3.8.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf den TOP 5.3.7

Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt
Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Markt-
satzung)
Vorlage: V/2011/09488

und erklärte die Intention des Antrages sowie die unterschiedlichen Voten in den Fachauss-
schüssen.

Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung sei die Umsetzung dieses Änderungsan-
trages nicht zielführend. Durch das Festlegen von genauen Standplätzen könne die Verwal-
tung auf aktuelle Ereignisse nicht reagieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Häder als Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung um Erläuterung des Abstimmungsverhaltens des Ausschusses.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass der Ausschuss nach langwieriger Diskussion dem Änderungsantrag mit einer anderen Intention zugestimmt habe. Bestandteil der Satzung sollte ein Rasterplan sein, welcher auf der Westseite des Marktplatzes ausgelegt werde. In dem jeweiligen Bewilligungsbescheid werde dem Händler sein Standort durch Bezeichnung des Rasters genannt. Die Bewilligungsbescheide können bei Bedarf jederzeit geändert werden, ohne dass eine Änderung des Rasterplanes erfolgen müsse.

Abschließend erklärte **Herr Häder**, dass ihm bewusst sei, dass die Intention des Änderungsantrages eine andere sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Änderungsantrag TOP 5.3.7.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der Vorlage.

**zu 5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zum § 5 (4) 6 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09479**

Beschlussvorschlag:

§ 5 (4) 6 ist zu streichen. Er wird ersetzt durch „der Standplatz-Inhaber Werbeaufsteller aufstellt, welche den Durchgangsverkehr beeinträchtigen;“

Abstimmungsergebnis: beraten

**zu 5.3.2 Änderungsantrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 8 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09465**

Beschlussvorschlag:

Im § 8 (3), Ziffer 3, ist in der 2. Zeile nach den Wörtern „von Abfällen“ das Wort „grundsätzlich“ einzufügen.

Abstimmungsergebnis: beraten

zu 5.3.3 Änderungsantrag der FDP-Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zum § 12 und § 17 der Marktsatzung (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09464

Beschlussvorschlag:

Im § 12 (1) ist eine Ziffer 3. mit folgender Formulierung aufzunehmen:

3. „Vogelweide“

Für den Markt „Vogelweide“ werden maximal 15 Standplätze vergeben, mit folgenden Sortimenten:

- **Obst und Gemüse** 3 Standplätze
- **Blumen und Pflanzen** 2 Standplätze
- **Fleischereiprodukte** 2 Standplätze
- **Molkereiprodukte** 2 Standplätze
- **Backwaren** 2 Standplätze
- **Wild, Geflügel und Eier** 2 Standplätze
- **Imbissprodukte und Getränke** 2 Standplätze

5 Tageszuweisungen können mit ergänzenden Sortimenten, bei Nichtauslastung der Standplätze, zugelassen werden.

Im § 17 (2), Ziffer 1, ist aufzunehmen:

Die Standflächengebühr auf dem Markt „Vogelweide“ beträgt 1,40 Euro pro Tag / m², für Imbissstände erhöht sich die Gebühr um 0,60 Euro pro Tag / m².

Abstimmungsergebnis: erledigt
von Verwaltung übernommen

zu 5.3.4 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09335

Beschlussvorschlag:

In der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) wird der § 12 Absatz 1 wie folgt ergänzt:

(1) Auf den Wochenmärkten sollen vorrangig Händler mit selbsterzeugten Produkten zugelassen werden. In der Regel sind die Öffnungszeiten von Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Samstag 9 bis 14 Uhr. Auf folgenden öffentlichen Straßen und Plätzen werden die Wochenmärkte mit folgenden Angeboten durchgeführt:

1. Marktplatz:

Der Wochenmarkt findet auf der Westseite des Marktplatzes für selbsterzeugte, landwirtschaftliche Produkte statt. **Für den Zeitraum 01. Januar bis 31. März eines jeden Jahres ist der Standort der Händler auf dem Marktplatz grundsätzlich die Ostseite des Marktplatzes.** Für den Marktplatz werden maximal 40 Standplätze vergeben, davon maximal 35 Dauerzuweisungen:

Abstimmungsergebnis: beraten

zu 5.3.5 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (Vorlage: V/2010/09160)
Vorlage: V/2010/09340**

Beschlussvorschlag:

In der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) wird nach § 13 Absatz 3 ein neuer Absatz 4 (neu) wie folgt eingefügt:

(4) Bei der Vergabe der Plätze für den Weihnachtsmarkt in Halle werden in der Kategorie Glühwein- und Imbissstände auf der Ostseite des Marktplatzes nur Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen berücksichtigt. Auf der Westseite des Marktplatzes sollen während des Weihnachtsmarktes die halleschen Partnerstädte sowie Unternehmen aus dem europäischen Ausland mit einem sichtbaren thematischen Bezug zu ihrem Herkunftsland besondere Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis: beraten

zu 5.3.6 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 17 Abs. 2 Ziffer 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09631**

Beschlussvorschlag:

In § 17 Abs. 2 Ziffer 7 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) wird die Gebührenermäßigung für Selbsterzeuger gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
3 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 5.3.7 Antrag des Stadtrates Jürgen Busse (CDU Fraktion) zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2011/09488

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge folgendes beschließen:

Der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) ist ein Lageplan beizufügen.

Anhand dieses Lageplans sollen sich alle Standplätze zweifelsfrei feststellen lassen.

Die jeweiligen Zu- und Abfahrtswege sind im Lageplan zu dokumentieren.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

zu 5.3.8 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu § 3 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) (V/2010/09160)
Vorlage: V/2011/09747

Beschlussvorschlag:

*In der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) werden **§ 3 Abs. 2** wie folgt ergänzt*

1. § 3 Begriffe

[...]

2. Selbsterzeuger:

*Erzeuger, die auf dem Markt Produkte der Forstwirtschaft, des Gemüseanbaus, der Geflügelzucht, der Imkerei, der Jagd, der Fischerei, des Weinbaus, der Landwirtschaft oder des Obst- und Gartenbaus anbieten, die sie selbst herstellen **bzw. selbst herstellen und selbst weiterverarbeitet haben. Ein Zukauf kann bis zu 30 % des Warenangebotes erfolgen.***

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Anmerkung:

Nach der Abstimmung erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Verwaltung den Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff übernehmen werde.

Weiterhin bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, dass die Antragsteller ihre abgelehnten Änderungsanträge überdenken, ob sie diese für die Stadtratssitzung aufrechterhalten oder zurückziehen wollen.

**zu 5.3 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160**

geänderter Beschlussvorschlag (in Form/Text):

*Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung).*

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

**zu 5.6 Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: V/2011/09583**

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
[V/2011/09583]
Vorlage: V/2011/09758**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Wehrich, Herr Kley, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Bartl, Herr Lange, Frau Ewert, Herr Häder** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte eingangs an, nicht über die Inhalte der Geschäftsordnung, sondern lediglich über das weitere Verfahren zu beraten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte der Anregung von Herrn Wehrich zu und wies darauf hin, dass die heutige Beratung zur Geschäftsordnung als 1. Lesung angedacht sei.

Dabei sollte der eingebrachte Änderungsantrag der FDP-Fraktion bei der Diskussion zur weiteren Verfahrensweise sowie in die vorgesehene Beratung der Arbeitsgruppe zur Geschäftsordnung mit einbezogen werden.

Darüber hinaus bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Fraktionen bei Bedarf bereits für die Sitzung der Arbeitsgruppe Änderungsanträge einbringen und nicht erst zur Hauptausschuss- bzw. Stadtratssitzung.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion den Änderungsantrag aufgrund des nicht eindeutigen Verfahrens eingebracht habe und er bereits in der heutigen Sitzung über die Vorlage beschließen könnte.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erläuterte den Stand der Beratungen in der Arbeitsgruppe. Es liegen bereits Änderungsvorschläge der Fraktionen vor. Allerdings wurden diese seitens der Verwaltung u. a. aufgrund von Unstimmigkeiten der Fraktionen untereinander nicht alle in den Entwurf der Geschäftsordnung übernommen. Hier müsse vorerst eine Einigung der Fraktionen erfolgen, danach könne die Arbeitsgruppe nochmals tagen.

Sollte die Abstimmung innerhalb der Fraktionen nicht übereinstimmend sein, bat **Herr Krause** um Vorlage einer Synopse, in welcher die einzelnen Vorschläge der Fraktionen aufgeführt seien. Danach müsste über die jeweiligen Vorschläge im Hauptausschuss einzeln abgestimmt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dass die Fraktionen ihre Unstimmigkeiten untereinander zur Geschäftsordnung diskutieren, um zu einer einheitlichen Regelung zu kommen. Die Verwaltung habe die entsprechende Vorarbeit geleistet und die übereinstimmenden Vorschläge der Fraktionen zusammengefasst und in den Entwurf eingearbeitet. Sollte keine Übereinstimmung innerhalb der Fraktionen erfolgen, müsse über die jeweiligen Vorschläge der einzelnen Fraktionen im Hauptausschuss und Stadtrat abgestimmt werden.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass es nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe sei, alle offenen Fragen abschließend zu klären und eine Beschlussempfehlung zu geben.

Weiterhin wäre seines Erachtens eine Vielzahl von Punkten offen geblieben und einige Vorschläge nicht in den Entwurf der Geschäftsordnung übernommen worden.

Insofern regte **Herr Weihrich** an, bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe die Vorschläge der Fraktionen nochmals zu prüfen, inwieweit diese noch in den Entwurf übernommen werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass die Vorlage verwaltungsintern abgestimmt wurde und auch die Verwaltung entsprechende Vorstellungen zur Umsetzung und zum Ablauf habe.

Anschließend ging **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ein. Diesem könne sie insofern folgen, dass auch darüber nachgedacht werden sollte, mündliche Anfragen resultierend aus den Mitteilungen zuzulassen.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, erklärte, dass die vorherige Einreichung von mündlichen Anfragen zwar der Verwaltung behilflich sei, allerdings diese dann eine Art dringliche schriftliche Anfragen darstellen. Die Klärung des Problems sei bisher nicht erfolgt und könne auch nicht durch die Arbeitsgruppe geleistet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass zum entsprechenden Zeitpunkt eine Abstimmung über den Änderungsantrag erfolge. Die Fraktionen können aber vorab, z. B. in der Arbeitsgruppe, ihre Tendenz und ihren Standpunkt dazu äußern.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat darum, nicht in die inhaltliche Diskussion zu gehen, wie zu Beginn des Tagesordnungspunktes vereinbart. Der Entwurf der Geschäftsordnung sollte so bestehen bleiben und keine weiteren Änderungen eingearbeitet werden. Vielmehr sollten die Änderungsvorschläge, welche nicht übernommen wurden, separat aufgeführt werden.

Hinsichtlich des Änderungsantrages der FDP-Fraktion erklärte **Herr Lange**, dass dieser ebenfalls in der Arbeitsgruppe beraten werden sollte. Danach bringe die Verwaltung abhängig von den Abstimmungsergebnissen in der Arbeitsgruppe einen entsprechenden Vorschlag ein. Im Zuge dessen können seitens der Fraktionen Änderungsanträge eingebracht werden.

Abschließend merkte **Herr Lange** an, dass hinsichtlich der Änderung der Geschäftsordnung kein Zeitdruck bestünde, das Verfahren aber durchaus mit der Stadtratssitzung im Juni abgeschlossen werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dass sich die Fraktionen selbst und in der Arbeitsgruppe verständigen und zu einem Konsens kommen, um das Verfahren zu einem Abschluss bringen zu können.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, bat um eine vernünftige Absprache zwischen Verwaltung und Fraktionen im Zuge der Festlegung des Sitzungstermins der Arbeitsgruppe.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach sich gegen den Vorschlag von Herrn Lange aus, vorerst keine weiteren Änderungen in der Vorlage der Verwaltung vorzunehmen. Die Verwaltung sollte bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe die nicht übernommenen Änderungsvorschläge mit einer entsprechenden Begründung aufführen.

Bezüglich der Bitte der Oberbürgermeisterin, dass die Fraktionen ihre Änderungswünsche in Form von Anträgen bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe einbringen, entstand eine kurze Diskussion. Die **Hauptausschussmitglieder** machten deutlich, dass alle Änderungsvorschläge der Verwaltung bereits vorliegen, aber nicht vollständig in den Entwurf der Geschäftsordnung übernommen wurden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Borries um Aufklärung.

Herr Borries, Referent für Grundsatzfragen, erklärte, dass die Vorstellungen der Fraktionen zu einzelnen Punkten unterschiedlich waren, wie z. B. bei der Festsetzung von Fristen. Dazu gab es Vorschläge von 3 Tagen bis zu 5 Monaten. Da seitens der Fraktionen dahin gehend kein Einvernehmen erzielt werden konnte, wurde die bisherige Frist von 3 Wochen beibehalten.

Daraufhin brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass für die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe die Verwaltung eine Synopse mit den Vorschlägen der Fraktionen sowie einer Stellungnahme vorlegen werde.

Zudem bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Fraktionen, den Entwurf der Geschäftsordnung nochmals zu prüfen und ggf. weitere Änderungsanträge bis zur Sitzung der Arbeitsgruppe einzubringen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse [V/2011/09583]
Vorlage: V/2011/09758**

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse wird in folgenden Punkten korrigiert:

- **§ 6 (1) An jedem ordentlichen Sitzungstag findet um 18:00 Uhr eine gemäß § 12 der Hauptsatzung durchzuführende Einwohnerfragestunde statt. Dafür wird die Sitzung des Stadtrates unterbrochen.**

- ~~§ 7 (4) Während der Sitzung können mündliche Anfragen gestellt werden. Mündliche Anfragen **müssen** drei Tage vor der Sitzung des Stadtrates im Büro Stadtrat schriftlich angekündigt werden. **Sie** sollen in der Sitzung durch die Verwaltung beantwortet werden. ~~Alle anderen mündlichen Anfragen werden in der Regel bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates schriftlich beantwortet.~~ Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.~~
- § 9 (5) Sofern ein Geschäftsordnungsantrag nach Buchstabe a), ~~e~~, d), f), h), i) oder k) angenommen wird, ist die Rednerliste beendet. Es findet keine Aussprache mehr zur Sache statt. **Sofern ein Geschäftsordnungsantrag nach Buchstabe c) angenommen wird, darf 1 Stadtrat jeder Fraktion, die noch nicht gesprochen hat, zur Sache reden.**
- § 10 (1) Nach Schluss der Beratung oder nach Annahme des Antrages auf „Schluss der Aussprache und Abstimmung“ lässt der Vorsitzende des Stadtrates über die Sache abstimmen. Ausgangspunkt der Beschlussempfehlung ist **bei Beschlussvorlagen die letzte Ausschussfassung, ansonsten** der Antrag des Einbringers.

Abstimmungsergebnis:

beraten
1. Lesung

**zu 5.6 Beschluss zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: V/2011/09583**

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse.
- 2.) Die bisherige Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse vom 25.05.2005, zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates vom 24.11.2010, wird außer Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

beraten
1. Lesung

**zu 5.7 Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage
Vorlage: V/2011/09715**

**zu 5.7.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage [Vorlage: V/2011/09715]
Vorlage: V/2011/09757**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Häder, Frau Ewert, Herr Krause, Herr Lange, Herr Bartl, Herr Dr. Meerheim** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass sie den Änderungsantrag der FDP-Fraktion übernehmen werde und bat um Zustimmung zu ihrer Vorlage. Ebenso sollte in der Stadtratssitzung am 27.04.2011 ein eindeutiges Votum seitens des Stadtrates erfolgen, um ein deutliches Signal zu setzen.

Die **Hauptausschussmitglieder** konnten grundsätzlich der Vorlage einschließlich des Änderungsantrages folgen und wiesen auf folgende Punkte hin:

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, regte an, den Betreff der Vorlage in den des Aufrufes zu ändern: Halle blockt. Naziaufmarsch am 1. Mai - wollen wir nicht!

Frau Ewert, SPD-Fraktion, bat um Überarbeitung des Textes zum Aufruf hinsichtlich Grammatik und Rechtschreibung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados übernahm die Anregung von Herrn Häder und bedankte sich bei Frau Ewert für den Hinweis. Die entsprechenden Überarbeitungen bzw. Änderungen werden bis zur Stadtratssitzung vorgenommen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass er neben der Einbringung der Vorlage auch eine aktive Verhinderung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten unterstützt hätte, ähnlich wie in den Städten Dresden oder Leipzig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass mit der Zustimmung zur Vorlage der Stadtrat eindeutig seinen Standpunkt gegen den Naziaufmarsch darstelle.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, bat darum, dass aufgrund der problematischen Thematik bei den Beiträgen in der kommenden Stadtratssitzung auf die Wortwahl geachtet und der Radikalismus fokussiert werde.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte zu den Ausführungen von Herrn Lange, dass jedem Einzelnen selbst überlassen werden sollte, inwieweit er aktiv den Aufruf unterstütze.

Darüber hinaus wies **Herr Krause** darauf hin, dass die Thematik des Naziaufmarsches zum Fremdenhass auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls Gegenstand der DGB-Kundgebung am 1. Mai auf dem Marktplatz sein werde. Er brachte zum Ausdruck, dass hierbei die Veranstaltungen des DGB und nicht der Naziaufmarsch in den Vordergrund rücken sollte.

Anschließend diskutierten **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** über die Verfahrensweise mit der Vorlage in der kommenden Stadtratssitzung.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schlug vor, dass die Oberbürgermeisterin einführende Worte einbringe und die Vorlage zur Abstimmung aufrufe.

Abschließend gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass am 28.04.2011 um 18:00 Uhr im Stadthaus zusammen mit dem Bündnis „Halle gegen Rechts“ eine Pressekonferenz zu dem Naziaufmarsch stattfinden werde und bat die Fraktionen um Teilnahme.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

zu 5.7.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage [Vorlage: V/2011/09715]**
Vorlage: V/2011/09757

Beschlussvorschlag:

Der letzte Absatz des Aufrufs wird ergänzt:

Handeln, statt Wegschauen!

*Die Neonazis und ihre Ideologie verschwinden nicht einfach, in dem sie ignoriert werden. Deshalb stellen wir uns ihnen an diesem Tag in Halle entgegen. Dieses Ziel eint uns. Wir sind solidarisch mit allen **friedlichen und den Rechtsstaat achtenden Menschen**, die mit uns das Ziel teilen, dem Naziaufmarsch entgegen zu treten.*

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
von Verwaltung übernommen

zu 5.7 **Halle blockt. Naziaufmarsch am 1. Mai - wollen wir nicht!**
Vorlage: V/2011/09715

geänderter Beschlussvorschlag (in Form/Text):

Der Stadtrat und die Oberbürgermeisterin unterstützen den Aufruf „Halle blockt. Naziaufmarsch am 1.Mai – wollen wir nicht!“ und fordern die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf, mit friedlichen und phantasievollen Aktivitäten zu zeigen, dass für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass in unserer Stadt kein Platz ist.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Anmerkungen:

- Änderung des ursprünglichen Betreffs: **Bündnis Halle gegen Rechts - für Zivilcourage**
in: **Halle blockt. Naziaufmarsch am 1. Mai - wollen wir nicht!**

- Der letzte Absatz des Aufrufs wird ergänzt:

Handeln, statt Wegschauen!

*Die Neonazis und ihre Ideologie verschwinden nicht einfach, in dem sie ignoriert werden. Deshalb stellen wir uns ihnen an diesem Tag in Halle entgegen. Dieses Ziel eint uns. Wir sind solidarisch mit allen **friedlichen und den Rechtsstaat achtenden Menschen**, die mit uns das Ziel teilen, dem Naziaufmarsch entgegen zu treten.*

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09525**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Vertreterregelung rechtlich zulässig sei und sie dieser Änderung folgen könne.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte, dass es hierbei aufgrund der in der Vergangenheit aufgetretenen Unsicherheiten lediglich um eine Klarstellung ginge.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erinnerte an seine Anregung aus der Stadtratssitzung im März 2011, dass seitens der Verwaltung eine rechtmäßige Satzungsänderung dargestellt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Borries um Erläuterung.

Herr Borries, Referent für Grundsatzfragen, wies darauf hin, dass das Rechtsamt derzeit eine Übersicht für eine rechtmäßige Satzungsänderung erarbeite und danach den Fraktionen zukommen lasse.

Zudem erklärte **Herr Borries** anhand des kürzlich beschlossenen Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Hauptsatzung bezüglich eines Ausschussnamens, dass dieser lediglich als Beschluss aufgefasst werde. Danach werde die Verwaltung eine ordnungsgemäße Vorlage zur Änderung der Hauptsatzung einbringen, welche bei Zustimmung dem Landesverwaltungsamt zur Genehmigung vorzulegen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass nach Zustimmung des Stadtrates zum vorliegenden Antrag die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zur Änderung der Hauptsatzung einbringen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird in § 9 Absatz 2 geändert und erhält folgende Fassung:

*(2) Aus der Reihe der Beigeordneten wird vom Stadtrat der erste allgemeine Vertreter der Oberbürgermeisterin bestimmt. Dieser führt die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“. Die weiteren Vertreter bestimmen sich nach dem Dienstalter **als Beigeordneter in der Stadt Halle (Saale)**, bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter.*

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung**

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf die schriftliche Mitteilung zum Tag des BürgerForums 2011 des Bundespräsidenten am 14.05.2011 in der HändelHalle. Daran sollen neben den Teilnehmern des BürgerForums auch Stadträte und Politiker aus der Region mit Sitz in übergeordneten Parlamenten teilnehmen.

Für diese Veranstaltung habe sie die Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden des Stadtrates sowie die im Landtag und Bundestag vertretenen halleschen Abgeordneten eingeladen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat ausdrücklich darum, dass die Fraktionen mit jeweils zwei bis drei Personen entsprechend vertreten sein können.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Anmeldebedingungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Anmeldung über die Verwaltung erfolge und bat die Fraktionen um namentliche Benennung der Teilnehmer.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, informierte über die Gespräche mit dem Saalekreis hinsichtlich der Übernahme des Gebäudes der Förderschule am Jägerplatz. Dazu verwies er eingangs entsprechend der Stadtratssitzung vom 30.03.2011 nochmals auf die Situation sowie die Gründe, weshalb die Stadt Halle die Förderschule am Jägerplatz schließen müsse.

In den Gesprächen mit dem Saalekreis wurde deutlich, dass eine Übernahme im Jahr 2011 u. a. aufgrund baulicher Erfordernisse nicht mehr umsetzbar sei. Zudem wäre nach Aussage des Landesverwaltungsamtes eine Übertragung des Objektes erst nach Schließung der Förderschule möglich. Danach könne die Genehmigung für den Saalekreis durch das Landesverwaltungsamt erfolgen.

Nach Abschluss der weiteren Gespräche werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage voraussichtlich in die Stadtratssitzung im Mai 2011 einbringen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Mitteilung von Herrn Beigeordneten Kogge. Er machte deutlich, dass entsprechend der letzten Stadtratssitzung seitens der Stadträte ebenso gefordert wurde, Möglichkeiten zur auslaufenden Beschulung bzw. zu einer Kooperation an dem Standort mit dem Saalekreis zu prüfen.

Herr Lange bat dahin gehend um entsprechende Informationen in der Sitzung des Bildungsausschusses im April bzw. Mai.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, sagte dies zu.

Herr Kley, FDP-Fraktion, ging ebenfalls auf die Mitteilung von Herrn Beigeordneten Kogge ein. In der Stadtratssitzung im März wurde um eine Prüfung gebeten, ob die Schüler bei einer Übertragung des Gebäudes an den Saalekreis auch weiterhin an diesem Standort beschult werden können. Entsprechend der Aussage von Herrn Beigeordneten Kogge müsse die Schule geschlossen werden, so dass eine weitere Beschulung der Schüler vorerst nicht möglich sei.

In Anbetracht dessen bat **Herr Kley** im Zusammenhang mit der Einbringung der Vorlage um eine Kostenprüfung bzw. Begründung. Seinen Informationen zufolge bestünde ein Sanierungsbedarf für die Förderschule am Jägerplatz in Höhe von ca. 100.000 €. Dagegen würden bei einer Sanierung zweier Schulen in Halle-Neustadt Kosten in Höhe von jeweils bis zu 4 Mio. € entstehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Kogge um Beantwortung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erinnerte an den Beschluss des Stadtrates zur mittelfristigen Schulnetzplanung von 2009/2010 bis 2013/2014. Danach seien für diesen Zeitraum die Förderschulen bestandssicher.

Eine Schule könne vor Ablauf der mittelfristigen Schulnetzplanung nur dann geschlossen werden, wenn die Voraussetzungen der Bestandssicherheit nicht erfüllt seien, wie z. B. das Nichterreichen der Mindestzahl an Schülern. Dies treffe auf die Förderschule am Jägerplatz zu. Aufgrund dessen könne die Stadtverwaltung nach Aussage des Landesverwaltungsamtes nur diese Schule schließen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge nicht nachvollziehbar seien. In der ursprünglichen Schulentwicklungsplanung wurden alle Punkte für die Fortschreibung berücksichtigt ähnlich wie für Standorte von Sekundarschulen und für die Glauchaschule.

Seines Erachtens könne das Landesverwaltungsamt nicht ausschließlich auf sinkende Schülerzahlen reagieren. Sollte die Stadt als Träger der Schulentwicklungsplanung und als Schulträger anderweitige Vorstellungen von der Schulentwicklungsplanung haben, könne dies in der Fortschreibung einbezogen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Hintergründe für die vorgenommenen Änderungen der ursprünglichen Vorlage. Die Verwaltung habe eine Vorlage zur mittelfristigen Schulnetzplanung eingebracht, welche alle Schulen beinhaltete. Diese wurde durch den Stadtrat mit der Auflage von weiteren Prüfungen beschlossen.

Seitens der Verwaltung wurden entsprechende Prüfungen durchgeführt und mit der Fortschreibung der mittelfristigen Schulnetzplanung darauf hingewiesen, dass mit Ausnahme der Jägerplatzschule alle anderen Schulen aufgrund ihrer Schülerzahlen bestandssicher seien und nicht geschlossen werden können. Diese liegen zum Teil beim 1,5-fachen dessen was momentan die Förderschule am Jägerplatz ausweise.

Aufgrund dessen bestand für die Verwaltung lediglich die Möglichkeit, die Förderschule am Jägerplatz zu schließen, auch wenn dies in der damaligen mittelfristigen Schulnetzplanung sowie seitens der Stadträte nicht beabsichtigt war.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Lange zu den Sekundarschulen und der Glauchaschule entgegnete **Herr Beigeordneter Kogge**, dass hier die Fristen für die Umsetzung der Aufgaben erst 2012 bis 2014 festgesetzt seien.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich ebenso auf die Mitteilung von Herrn Beigeordneten Kogge. Er fragte, ob seitens des Saalekreises auch Interesse an einer Übernahme weiterer Schulen in der Stadt Halle bestünde, falls eine Übernahme der Förderschule am Jägerplatz nicht möglich sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, antworteten, dass der Saalekreis auf dem Gebiet der Stadt Halle lediglich an der Übernahme des Gebäudes der Förderschule am Jägerplatz interessiert sei.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf ein Schreiben der Stiftung „Lebendige Stadt“ um den Stiftungspreis 2011 „Die unverwechselbare Stadt: Identität, Heimat, Marke“; Förderer der Stiftung wäre die Deutsche Bahn. Darin wurden die Fraktionen aufgefordert, Antragstellungen vorzunehmen.

Infolge dessen fragte **Frau Haupt**, ob der Verwaltung dieses Schreiben bekannt sei und ob andere Fraktionen darauf reagiert haben bzw. wie die Fraktionen damit umgehen sollen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass weitere Unklarheiten hinsichtlich des Bildungspaketes zur Bezuschussung von Klassenfahrten, Ferienfreizeiten sowie Veranstaltungen der Horte in den Sommerferien bestünden.

Darüber hinaus bezog sich **Frau Haupt** auf den Gesetzesbeschluss zur Änderung Halle-Pass hinsichtlich der Essensversorgung und fragte, ob der betroffene Personenkreis über die Neuregelung informiert wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Kogge um Beantwortung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte in Bezug auf die erste Frage von Frau Haupt, dass generell für Veranstaltungen ein Zuschuss beantragt werden könne. Eine Bezuschussung von Fahrtkosten zu Veranstaltungen sei allerdings nicht möglich.

Zudem merkte **Herr Beigeordneter Kogge** an, dass Dank der intensiven Öffentlichkeitsarbeit das Anmeldeverhalten in den letzten Tagen von 700 auf ca. 1.500 gestiegen sei.

Bezüglich der zweiten Frage von Frau Haupt teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass der entsprechende Personenkreis informiert sei und aufgrund der Satzungsänderung des Halle-Passes der städtische Zuschuss für die Essensversorgung in Höhe von 0,85 € ab 01.04.2011 nicht mehr gezahlt werde.

Darüber hinaus bat **Herr Beigeordneter Kogge** um Verständnis, wenn die Umsetzung der Satzungsänderung nicht immer problemlos verlaufe. Die zuständigen Mitarbeiter seien um eine ordnungsgemäße Bearbeitung und Information bemüht.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob durch den Hort organisierte Klassenfahrten ebenso bezuschusst werden können wie Klassenfahrten, welche durch die Schule angeboten werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat hinsichtlich des Bildungspaketes um Prüfung, ob Ferienfreizeiten und Veranstaltungen von Schulhorten vor Ort oder als Klassenfahrt ebenfalls bezuschusst werden können.

Zusammenfassend stellte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fest, dass die Anmeldesituation zum Bildungspaket besser sei als in anderen Städten, aber einzelne Sachverhalte noch geprüft werden müssen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, ob man rückwirkend den begünstigenden Essenszuschuss für die Halle-Pass-Empfänger mit dem Bundeszuschuss ausgleichen bzw. verrechnen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Stadtrat entgegen der Vorstellungen der Verwaltung die Vorlage zur Änderung des Halle-Passes im Leistungsbereich Essen erst zum 01.04.2011 geändert habe, so dass alle Halle-Pass-Empfänger den Zuschuss in Höhe von 0,85 € berechtigt erhalten haben. Eine Rückforderung seitens der Verwaltung wäre demzufolge nicht möglich. Andere Städte, wie z. B. die Stadt Zwickau, haben die Änderung des Halles-Passes bereits im Januar beschlossen, so dass dieses Problem dort nicht aufgetreten sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, machte deutlich, dass der betroffene Personenkreis zwei Antragstellungen vorzunehmen habe. Zum einen müsse eine Antragstellung für rückwirkende Leistung erfolgen, bei der die Eltern den Essenszuschuss in Höhe von 26 € pro Monat und pro Person pauschal nach Vorlage der Rechnung oder des Kontoauszuges erhalten.

Zum anderen müsse die zukünftige Leistung ab dem 01.04.2011 beantragt werden. Hier erfolge eine Einzelfallprüfung hinsichtlich des Einkommens der Kinder sowie der Anrechnung in der Rangfolge der fünf möglichen Leistungen des Bildungspaketes, beginnend mit der Sachkostenhilfe für Schulsachen, die Klassenfahrten, dem Essenszuschuss usw.

Die Frist für Antragstellungen der rückwirkenden Leistungen war ursprünglich bis zum 30.04.2011 festgesetzt. Die Stadt Halle habe sich im Deutschen Städtetag für die Verlängerung der Antragsfrist bis zum 30.06.2011 eingesetzt. Ungeachtet dessen sollten entsprechende Anträge zeitnah gestellt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Essenspreise in der Stadt Halle momentan zwischen 2,30 € und 2,50 € liegen. Die Rechnungslegung des Essensversorgers erfolgte bisher an die Stadt Halle in Höhe von 0,85 € als Zuschuss für die Halle-Pass-Empfänger sowie an die Eltern über den Fehlbetrag.

Zukünftig erhalten die Eltern eine Rechnung in Höhe von 1 € pro Essen und das Jobcenter bzw. das Sozialamt eine Rechnung über den Fehlbetrag.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob der Essenszuschuss im Bildungspaket ebenso für die Hortbetreuung in den Ferientagen gezahlt werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass dies nicht möglich sei. Der Essenszuschuss richte sich allein auf die Schultage, unabhängig davon, ob das Essen im Hort oder in der Schule ausgereicht werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass trotz der Vielzahl noch zu klärender Fragen sowie des hohen bürokratischen Aufwandes, sie das Ziel des Bildungspaketes unterstütze, dass die Leistungen direkt den Kindern zugute kommen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Herr Krause, SPD-Fraktion, regte an, dass die Verwaltung über den Stand zum Umzug der Fraktionen in Form eines schriftlichen Berichtes informiere.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass mit Schreiben vom 04.04.2011 eine Information dahin gehend an die Fraktionen ergangen sei.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf das Schreiben von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack und merkte an, dass nach diesem die abschließende Verteilung der Räume in einem gesonderten Termin vereinbart werden sollte. Dies könne er nicht nachvollziehen, da bereits die Verteilung der Räume mit den Fraktionen besprochen wurde.

Im Ergebnis der darauf entstandenen Diskussion bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Fraktionsvorsitzenden um schnellstmögliche Mitteilung bestehender Unklarheiten, um darauf in der Stadtratssitzung am 27.04.2011 eingehen zu können.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., regte an, dass die Oberbürgermeisterin ihre Bürgerforen mit den Terminen der Ausschusssitzungen abstimme. Es sei des Öfteren vorgekommen, dass mehrere Ausschusssitzungen an dem Tag eines Bürgerforums stattgefunden haben, so dass Stadträte teilweise nicht oder erst später an den Bürgerforen teilnehmen konnten. Dabei verwies er auf das kommende Bürgerforum im Mai 2011, bei dem eine ähnliche Situation bestünde.

Des Weiteren bat **Herr Lange** darum, dass bei nicht anwesenden Stadträten der Grund für ihre Abwesenheit genannt oder auf Kommentare verzichtet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass die Verwaltung hinsichtlich der Terminkoordinierung bemüht sei, nicht mehrere Veranstaltungen zeitgleich an einem Tag stattfinden zu lassen. Dies wäre aufgrund der Vielzahl der Ausschüsse zum Teil nicht möglich. Gleichzeitig bat sie darum, dass bei Terminüberschneidungen innerhalb der Fraktionen eine Abstimmung erfolge.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, dass die Oberbürgermeisterin über den aktuellen Stand des Hochwasserberichtes informiere und wann dieser den Stadträten zur Kenntnis gegeben werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass kürzlich Gespräche mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz stattgefunden haben sowie eine verwaltungsinterne Abstimmung erfolgt sei. Die Ergebnisse dieser werden momentan eingearbeitet, so dass der Hochwasserbericht im Mai 2011 eingebracht werden könne.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 20. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

A. Kraft
Protokollführerin